

Pressemeddelelse
Kiel, 09.02.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Landesregierung soll sich für kontrollierte Heroinvergabe einsetzen

Der SSW fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Fortsetzung der kontrollierten Heroinvergabe in Deutschland einzusetzen. □ Wenn der Bund nicht bis Mitte 2007 eine neue Rechtsgrundlage geschaffen hat, dann werden die betroffenen Schwerstabhängigen wieder in die Hände von kriminellen Dealern entlassen, die verunreinigtes Heroin zu horrenden Preisen verkaufen. Die Folgen wären Gesundheitsschäden, soziale Verwahrlosung und Kriminalität. Das kann niemand ernsthaft wollen□, begründet der gesundheitspolitische Sprecher des SSW im Landtag, Lars Harms einen entsprechenden Landtags-Antrag des Südschleswigschen Wählerverbandes.

□ Mit der kontrollierten Verabreichung des synthetischen Heroins erreichen wir eine Gruppe von Schwerstabhängigen, die mit den herkömmlichen Behandlungsmethoden wie der Methadontherapie nicht erreicht werden kann. Diese Behandlung bietet die Chance, die soziale und gesundheitliche Verelendung der betroffenen Menschen zu vermeiden sowie erhebliche gesellschaftliche Folgekosten im Gesundheitswesen und durch Beschaffungskriminalität zu reduzieren. Trotzdem lehnt die CDU/CSU im Bundestag eine Verstetigung des laufenden Modellversuchs wegen ideologischer Bauchschmerzen ab.

Nicht ohne Grund fordern aber auch CDU-regierte Großstädte die Fortsetzung der kontrollierten Heroingabe, denn sie haben längst erkannt, dass diese Behandlungsmethode ihnen ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung der Drogenprobleme an die Hand gibt.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, die betreffenden Großstädte und auch die betroffenen CDU-regierten Bundesländer setzen darauf, dass der Bundesrat noch eine Verlängerung der kontrollierten Heroingabe herbeiführen kann. Die schleswig-holsteinische Landesregierung muss ihres dazu beitragen, dass dort die Vernunft über die Ideologie siegt, fordert der SSW-Abgeordnete Harms.

Den Antrag des SSW finden Sie auf der Homepage www.ssw.de unter Presservice / Download / Textservice